Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 253. Sonnabend den 10. September 1887. 81. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 11. September,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Danksagung.

Ein hiesiger Musikfreund und Gönner unseres städtischen Orchesters hat aus Anlaß eines Familienfestes dem für die Orchestermitglieder bestehenden Wittwen- und Waisen-Fonds die Summe von

2000 Mark

als Zeichen seiner und seiner Gattin Dankbarkeit für den ihnen durch die Concerte und Proben im Gewandhause bereiteten Genuß überwiesen.

Für diese reiche Gabe sprechen wir unseren wärmsten Dank hierdurch aus.

Leipzig, den 8. September 1887.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Orchester-Pensionsfonds.
Dr. Georgi, Vorsitzender. Wilisch, Ass.

Bekanntmachung.

Das **Agathe Berger'sche** Stipendium für „einen armen Studenten zur Erlangung der Magisterwürde" ist auf die Termine Michaelis 1883 bis mit Michaelis ds. Js. **im Gesammtbetrage von 128 ℳ 45 ₰** zu vergeben.

Bewerber um dieses Stipendium werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum **15. September ds. Js.** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 23. August 1887.

Ib. 413/1883. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionsräume der Stadtwasserkunst im Stadthause

Montag, den 12. dieses Monats

für den Verkehr mit dem Publicum geschlossen.

Leipzig, am 7. September 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bentschel.

Wegen Reinigung der Räume bleiben die Stadtcasse und die Stiftungsbuchhalterei

den 14. dieses Monats

geschlossen.

Leipzig, den 10. September 1887.

Des Raths Finanzdeputation.

Bekanntmachung, die Productenbörse betr.

Zu der seitens der **Besucher der Productenbörse** vorzunehmenden **Wahl von 3 Mitgliedern** in den nach §. 7 der Börsenordnung behufs Umlegung der Jahresbeiträge zu bestellenden **Schätzungs-Ausschuß** werden die Besucher der Productenbörse — und zwar mit Ausschluß der lediglich des Maurengeschäfts im engeren Sinne wegen die Börse besuchenden Firmen — unter Hinweis auf den betreffenden Börsenanschlag auf

Dienstag, den 13. September d. J., Nachmittags 1 Uhr

zu einem in der Productenhalle im Anschluß an die gewöhnliche Börsenversammlung abzuhaltenden **Wahlactus** von den unterzeichneten, in den genannten Ausschuß delegirten Mitgliedern der 2. Abtheilung des Börsenvorstandes hiermit einberufen.

Der Zutritt zu dieser Versammlung ist nur gegen Vorzeigung der Börsenkarte gestattet.

Leipzig, den 5. September 1887.

Fr. Schmidt, C. Fdr. Brockhoff, Bleyl,
Georg Schroeder. Börsensecretär.

Holz-Auction.

Von den auf dem **Naunhofer Staatsforstrevviere** aufbereiteten Hölzern sollen

Donnerstag, den 15. September 1887, von Vormittags 9 Uhr an

32 Raummeter eichene Brennknüppel,
6 „ „ Backen,
42 „ eichenes Reisig,
50 „ Wellenh. weiches dergl.,
19 „ „ eichenes „
318 Raummeter eichene und birkene Stockscheite und Stockspäne,
190 „ fichtene Stockscheite,
} in den Abtheilungen 28, 43, 48, 49, 50, 51 und 56,

(Versammlungsort auf dem Holzschlage im sogenannten Moritzkämpel, zwischen Sandfurth und Pfarrholz unweit der Brandisler Wiesen),

sowie

Freitag, den 16. September 1887, von Vormittags 9 Uhr an,

20 Raummeter weiche Brennknüppel,
52 „ Wellenh. weiches Reisig,
12 Laufh. fichtenes dergleichen,
5 Raummeter eichene Stockscheite und
106 „ weiche dergleichen
} in den Abtheilungen 63, 64, 65, 66 und 72 (Planitzwald)

(Versammlungsort auf dem Holzschlage am Planitzberge und Schmölener Feldrande)

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vor Beginn der Auction noch bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Die Geldeinnahme erfolgt am ersten Tage im Gasthofe zur „Stadt Leipzig" in Naunhof und am zweiten Tage im Gasthofe zu Schmölen.

Königl. Forstrevierverwaltung Naunhof und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 3. September 1887.

Bentheid. Geißler.

Gemeinde-Vorstands-Gesuch.

Zu Neujahr 1888 wird die Stelle des Gemeindevorstandes hiesiger Gemeinde frei und werden Bewerber aufgefordert, Gesuche bis zum 20. dieses Monats beim Gemeinde-Aeltesten Herrn Gustav Münge einzureichen.

Nur solche Juristen, welche das Richter-Examen bestanden, oder Verwaltungsbeamte, welche bereits in größeren Gemeinden ein derartiges Amt mit Erfolg bekleidet haben, können Berücksichtigung finden.

Die Stelle wird zunächst auf 6 Jahre vergeben und ist mit einem jährlichen Gehalte von 4500 ℳ incl. Entschädigung für die Verwaltung des Standesamtes verbunden.

Plagwitz, den 7. September 1887.

Der Gemeinderath.
Gustav Münge,
Gem.-Aeltester.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Aus verschiedenen Anzeichen ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen zwischen den Vertragsmächten über die Lösung der bulgarischen Frage gegenwärtig eifriger betrieben werden als je zuvor. Die türkische Regierung zeigt einen Grad von Thätigkeit, welcher zu ihren sonstigen Gewohnheiten in schroffem Gegensatz steht. Nach dem Scheitern der Sendung Ernroth's hat sie den türkischen Botschafter in St. Petersburg, Schakir Pascha, telegraphisch angewiesen, die russische Regierung um Mittheilung ihrer Anschauungen über die weiteren Schritte gegen Bulgarien zu ersuchen; gleichzeitig hat sie ein neues Rundschreiben an die Mächte gerichtet. Aus eigenem Antriebe ist dieser auffallende Eifer der türkischen Regierung sicher nicht entstanden, und ein Brief der „Politischen Correspondenz" aus St. Petersburg giebt denn auch Aufschluß, woher dieser Eifer rührt. Rußland soll der Pforte mit der Kündigung des Berliner Vertrages gedroht haben, falls der Koburger noch länger in Bulgarien verbleibe, unter Hinweis auf die Folgen, welche sich aus dieser Kündigung für die Türkei ergeben würden.

Dieser Schritt der russischen Regierung hat nichts Ueberraschendes, denn er ist durch einen schon vor Wochen erschienenen Artikel des „Journal de St. Petersbourg" angekündigt. Derselbe enthielt die Erklärung, daß Rußland sich nicht allein zum Vertheidiger eines Vertrages machen würde, dem die übrigen Vertragsmächte nicht Geltung verschaffen wollten. Und am Schluß einer Note, welche die russische Regierung in Folge der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand an die Mächte gerichtet hat, heißt es: „Wir wollen gern hoffen, daß die u. s. w. Regierung diese Anschauung theilen und diese schreiende Verletzung des Berliner Vertrages nicht dulden wird. Rußland kann sich nicht zum alleinigen Beschützer dieser Festsetzungen machen, auf welchen der von einem endgiltigen Zusammensturz bedrohte Stand der Dinge ruht." Die türkische Regierung giebt sich den Anschein, als ob sie die Absichten Rußlands in Bezug auf Bulgarien nicht kenne, und hat deshalb den Botschafter Schakir Pascha angewiesen, sich über diese Absichten zu unterrichten. Es kann aber kein Zweifel darüber obwalten, daß Rußland von der Türkei erwartet, daß sie die gemessene Aufforderung an den Prinzen von Koburg richtet, Bulgarien zu verlassen. Vor diesem entscheidenden Schritt scheut die türkische Regierung zurück, weil der Nichtbefolgung der Aufforderung Anwendung von Gewalt folgen müßte, und davon hält die Türkei bekanntlich aus wohl erwogenen Gründen nichts, denn wenn erst die Kanonen auf der Balkanhalbinsel in Thätigkeit gesetzt sind, dann ist das Ende einer solchen Wendung nicht abzusehen.

Rußland wollte der Türkei die selbstständige Lösung der bestehenden Schwierigkeiten ersparen und darum der Vorschlag, den General Ernroth mit der Herstellung der Ordnung in Bulgarien zu beauftragen; aber die türkische Regierung erkannte die ernste Bedeutung dieses Vorschlages und verlangte, daß die Mächte demselben ihre Zustimmung ertheilten, ehe er ins Werk gesetzt würde. Das war die alleinige Möglichkeit, um seine Ausführung abzuwenden, damit ist aber die Lösung der Frage selbst noch nicht gegeben, vielmehr sucht Rußland den Druck auf die Türkei durch Drohungen zu verstärken und sie zur alleinigen Vornahme der nach russischer Auffassung unerläßlichen Maßregeln zu veranlassen. Die Türkei widersteht diesem Druck mit altgewohnter Zähigkeit, aber sie fühlt sich schon jetzt so in die Enge getrieben, daß sie nicht mehr weiß, wo ein und wo aus, sie hofft, daß ihr die Mächte zu Hilfe kommen und ihr die Verantwortung für Das, was nach Rußlands Willen geschehen soll, abnehmen werden. In dieser Hoffnung wird sich die Türkei freilich getäuscht sehen, denn die Mächte sind in ihrer Gesammtheit entschiedenen Schritten in der bulgarischen Angelegenheit nicht minder abgeneigt als die Türken. Die gesammte Entwickelung der bulgarischen Frage weist auf eine von Rußland allein ausgehende Entscheidung hin. Rußland hat von Anfang an das Recht der Leitung der bulgarischen Angelegenheit beansprucht, es hat durch Absendung des Generals Kaulbars während der Wahlperiode und durch die ihm zugetheilte Rolle die Absicht an den Tag gelegt, die Wahlen der Sobranje im russischen Sinne zu beeinflussen, und als diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens mißlungen war, hat es passiven Widerstand gegen die Entwicklung des Landes geleistet, der Regentschaft, der Sobranje und der Wahl zweier Fürsten die Anerkennung versagt und dadurch das Land endlich zur Selbsthilfe getrieben.

Die Vertragsmächte stehen jetzt vor der Alternative, Rußland in seinem Streben, die Abdankung des Fürsten Ferdinand herbeizuführen, zu unterstützen und der Pforte einen darauf bezüglichen Auftrag zu ertheilen, oder der Zerreißung des Berliner Vertrages durch Rußland als theilnahmlose Zuschauer beizuwohnen, um den zunächst Betheiligten die Wahrnehmung und Vertheidigung ihrer Rechte selbstständig zu überlassen. Das ist die Lage, welche die russische Note als die Gefahr des endgiltigen Zusammensturzes der gegenwärtigen Grundlage auf der Balkanhalbinsel bezeichnet. Daß die Entscheidung noch nicht so nahe ist, wie die Kundgebungen der russischen Presse und Regierung anzudeuten scheinen, zeigt der bisherige äußerst schleppende Gang der Ereignisse; aber das ist wenigstens aus der Haltung Rußlands zu entnehmen, daß es die Zeit für Ausführung eines Schrittes gekommen erachtet, um seinem Einfluß in Bulgarien neue Wege zu eröffnen. Die Berufung auf den Berliner Vertrag, um mit Hilfe desselben die dauernde Herrschaft Rußlands in Bulgarien zu begründen, hat sich bisher als verfehlt erwiesen, es soll nun ein energischer Versuch gemacht werden, um die Unterzeichner des Vertrages durch Drohungen einzuschüchtern.

Wahrscheinlich war Rußland zu keiner Zeit vom Anfang der bulgarischen Krisis bis zum heutigen Tage schlechter berathen als an dem Tage, an welchem es die Drohung erließ, den Berliner Vertrag nicht mehr als vorhanden zu betrachten. Die Folgen dieses Schrittes sind so unabsehbar und so verhängnißvoll, daß wir die Meldung erwarten, Rußland habe von Anfang nicht die Absicht gehabt, den Worten die That folgen zu lassen. Die Drohung, den Berliner Vertrag nicht mehr als zu Recht bestehend zu betrachten, würde, wenn sie ernst gemeint wäre, die Besetzung Bulgariens durch Rußland als erste Maßregel nach sich ziehen. Oesterreich hat Rußland niemals darüber in Zweifel gelassen, daß es sich derselben mit den Waffen in der Hand widersetzen würde. Rußland schien einmal dicht vor der Besetzung Bulgariens zu stehen, als während der Anwesenheit des Generals Kaulbars in Bulgarien die beiden russischen Kriegsschiffe in Varna und Burgas erschienen. Die Wirkung dieser Kundgebung war aber so mächtig, daß Rußland es vorzog, die Kriegsschiffe nebst dem General Kaulbars zurückzuberufen und gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien abzubrechen.

Von da ab hat Rußland die Politik der Enthaltung und der scheinbaren Unthätigkeit in Bulgarien geübt, es hat sich darauf beschränkt, zu Allem, was die Bulgaren thaten, um das Land nicht zu einer Beute der Anarchie werden zu lassen, Nein zu sagen. Die Gefahr einer solchen Wendung war nahe genug, wie die dem Erscheinen des Prinzen Ferdinand vorangegangenen und die demselben nachgefolgten Ereignisse gezeigt haben. Als der gewählte Fürst auf inständiges Drängen der Führer des bulgarischen Volkes endlich sich entschlossen hatte, nach Bulgarien zu kommen, fand er statt der erwarteten Eintracht die schlimmste Zerfahrenheit vor, und eine Regierung, welche den veränderten Verhältnissen entsprach, kam erst zu Stande, als die leitenden Personen die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß der kaum zur Regierung gelangte Fürst das Land wieder verlassen würde, wenn er nicht die unerläßliche Unterstützung seiner Wähler fände. Diese Wendung hat sich unter dem von Rußland auf die Türkei geübten Druck vollzogen, und nachdem sie eingetreten, erscheint die Hoffnung berechtigt, daß Bulgarien trotz aller Schwierigkeiten die Fahne der Unabhängigkeit von Rußland hochhalten und in den Wahlen vom 9. October (27. September alten Stils) mit derselben Festigkeit eintreten wird, welche es bei demselben Anlaß vor genau einem Jahr bewiesen hat. Rußland hat lebhaftes Interesse daran, die Vorbereitungen zu den bulgarischen Wahlen durch Erregung von Furcht und Belebung der russischen Partei zu beeinflussen; die bulgarischen Wähler wissen aber, was für sie auf dem Spiele steht, und werden sich dadurch voraussichtlich nicht irre machen lassen.

*

Leipzig, 10. September 1887.

* Soweit die Dispositionen bis jetzt feststehen, gedenken Ihre Majestäten mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Wilhelm nächsten Montag nach Stettin abzureisen und Freitags nach Berlin zurückzukehren. Ihre Majestät die Kaiserin wird gleich nach Baden-Baden abreisen, der Kaiser aber erst einige Tage später folgen.

* Ist die Existenz des Protestantismus in Deutschland durch den Katholicismus bedroht? Die katholische „Kölnische Volkszeitung" versucht diese Frage zu verneinen, indem sie eine Berechnung aufstellt, aus der wir Folgendes mittheilen:

„Gegenüber der wiederholt von protestantischer Seite gehörten Behauptung, daß der Katholicismus in Deutschland sich auf Kosten des Protestantismus ausdehne, ist es von Interesse, die Procentsätze der katholischen und der protestantischen Bevölkerung bei den Reichstagswahlen dieses Jahres mit den Procentsätzen bei früheren Reichstagswahlen zu vergleichen. Wir sind außer den amtlichen Zahlen für die diesjährige Wahl die Zahlen für die Wahl des Jahres 1878 zur Hand. Mögen also die Zahlen für die genannten beiden Wahlen zeigen, wie es mit jener Behauptung rücksichtlich eines Zeitraumes von 9 Jahren sich verhält.

Nach den Wählerlisten für die Reichstagswahl im Jahre 1878 machten die Protestanten von der Gesammtzahl der Wahlberechtigten im preußischen Staat 64.9, die Katholiken 33.6 Proc. aus, nach den Wählerlisten für die diesjährige Wahl die Protestanten 64.6, die Katholiken 34 Proc. Es haben also jene in Preußen aufs Hundert drei Zehntel verloren, diese vier Zehntel gewonnen. Daß das kein Unterschied ist von der Art, daß man sagen könnte, der Katholicismus breite sich zu Ungunsten in einem Maße aus, daß der Protestantismus in seiner Existenz bedroht wäre, werde ich wohl nicht zu sagen brauchen.

Sehen wir nun aber die Zahlen fürs deutsche Reich! Im Jahre 1878 machten die Protestanten 62.3 Procent der Wahlberechtigten aus, die Katholiken 36.2 Procent, im laufenden Jahre die Protestanten 62.8, die Katholiken 35.8 Procent. Es haben also im Reiche während der Zeit von 1878—1887 die Protestanten fünf Zehntel gewonnen, die Katholiken 4 Procent verloren. Wird man da noch sagen wollen, daß im deutschen Reich der Katholicismus den Protestantismus in seiner Existenz bedrohe?

Fragen wir, welcher deutsche Staat die Schuld daran trägt, daß in dem genannten Zeitraum der Procentsatz der Katholiken im Reich abgenommen hat, so ist es, wie aus dem Gesagten sich ergiebt, nicht Preußen, sondern an erster Stelle Baden, wo der Procentsatz der Katholiken von 64.5 auf 62.7, an zweiter Stelle Elsaß-Lothringen, wo derselbe von 79.7 auf 77.4, an dritter Stelle Bayern, wo derselbe von 85.7 auf 84.9 zurückgegangen ist. Zurückgegangen ist derselbe auch in Oldenburg von 22.5 auf 21.8 und in Württemberg von 30.4 auf 30.0, während er im Königreich Sachsen von 2.1 auf 2.8 und im Großherzogthum Hessen von 28.0 auf 29.1 gestiegen ist."

* Wir lesen in der „Kölnischen Zeitung":

In der „Pall Mall Gazette" finden wir folgende merkwürdige Betrachtung: „Wie viel verständiger ist doch Fürst Bismarck als unsere viel kleineren Staatsmänner! Wenn ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung" seine Politik mißversteht und angreift, so zieht er sich nicht auf seine ministerielle Würde zurück, sondern erklärt frank und frei, auf welches Ziel er lossteuert, und fragt seinen journalistischen Kritiker, ob er nun zufriedengestellt sei. Da ist nichts von dem hohen und pomphaften Unsinn, mit dem unsere ministeriellen und richterlichen Behörden sich so gern gleiten. Ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung" wird als ein Wesen von gewichtiger Wichtigkeit betrachtet, um Antwort auf seine Frage zu erhalten, fast als wäre es ein Reichstagsabgeordneter. In England mögen sich getrost alle Zeitungen zusammenthun, um Erklärungen zu verlangen, kein Minister wird ihnen ein Wort gönnen, bis ein Fünfzigerschenspartamentsmitglied eine Frage stellt, dann erst steigt der Minister herunter und erklärt alles. Das Recht der Fragestellung sollte von den Abgeordneten auf die Zeitungsherausgeber ausgedehnt werden." Die „Pall Mall Gazette" wirft hier wie man sieht, in ihrem Eifer für die Rechte der Presse verschiedene Gebiete durcheinander und stellt ein Verlangen, das in seiner Allgemeinheit unausführbar ist. Immerhin bleibt diese Betrachtung eines auswärtigen Beobachters über das Verhältniß des Fürsten Bismarck zu jenen journalistischen Kritikern, denen er eine böswillige und unpatriotische Kürzsichtigkeit nicht zutraut, auch für deutsche Leser beachtenswerth.

* Wohl in keinem Kronlande Oesterreichs ist so viel deutsches Leben verschwunden als in Krain. Die Zahl der Deutschen daselbst kann jetzt nicht höher als auf knapp 40,000 angegeben werden; von diesen leben in der Landeshauptstadt etwa 7000 und in der Sprachinsel Gottschee in 170 kleinen Ortschaften etwa 27,000. Sehr viele Dörfer und Städte sind in den letzten Jahrhunderten vollständig slowenisirt worden. Der kleine Stamm der Slowenen bestreitet aber diese Thatsache hartnäckig, obwohl die slowenisirten Orte noch ihre alten deutschen oder ins Slowenische übersetzten, bez. verstümmelten Namen haben und die Familiennamen, wie auch die Firmen in nicht wenig Gemeinden noch vollständig deutsch sind. Der Name Nemska vas — Deutschdorf kommt in Krain fünf Mal vor; andere slowenisirte Orte heißen Nemska rot — Deutsch Gerut, Gotna vas — Gutendorf, Artmana vas — Hartmannsdorf, Reichenau, Michelstetten, Gregnannsburg, Kirchheim, Rudmannsdorf u. s. f. Neuerdings hat nun ein Laibacher Gymnasiallehrer einen weiteren schlagenden Beweis für die Slawisirung ehemals deutscher Gebiete erbracht; in dem heute ganz slawischen Oberkrain machte der rührige Forscher die interessante Entdeckung, daß in dem ganz slowenisirten Landvolke der alte deutsche Götterglaube in einer Stärke und einem Umfange fortlebt, der geradezu in Erstaunen setzt. Die Sagen vom Wotan, Thor und der Perchta sind bei den slowenischen Bauern in Oberkrain viel schöner erhalten, als in den meisten Theilen Deutschlands. In Mähren hat Dr. Lechner eine ähnliche Entdeckung gemacht; auch hier leben in den czechisirten Bewohnern die alten deutschen Göttersagen fort, ein Beweis vielleicht dafür, daß wir in einem Theil der czechisch sprechenden Mähren die Nachkommen der alten Quaden zu erblicken haben.

* Vom Sultan meldet die „Politische Correspondenz" aus Konstantinopel:

Am vergangenen Mittwoch, den 31. August, jährte sich die Thronbesteigung des Sultans Abdul-Hamid zum ersten Male. Dieser Tag wurde seitens der officiellen Welt nach herkömmlichen Brauche begangen; aber auch die eingeborene, sowie nicht minder die fremdländische Bevölkerung nahm an den Feierlichkeiten lebhaften Antheil. In der Frühe wurden sämmtliche Minister vom Herrscher in Audienz empfangen; später erschienen die Patriarchen, der Großrabiner und die ersten Dragomane sämmtlicher Botschaften zur Gratulationscour und wurden durch den ersten Ceremonienmeister Munir Pascha in Vertretung des Sultans begrüßt. Im Verlaufe des Tages empfing der Sultan auch einen Abgesandten des griechisch-katholischen melkitischen Patriarchen, welcher in arabischer Sprache Glückwünsche für das Wohlergehen des Herrschers und der kaiserlichen Familie aussprach, von welcher Kundgebung der Sultan sich besonders gerührt zeigte. Aus allen Theilen des Reiches und auch aus dem Auslande trafen Glückwunsch-Telegramme in großer Zahl ein. Der Sultan gab wieder einen Beweis seiner allbekannten Herzensgüte, indem er an seinem Jubeltage 45 Sträflingen, welche bereits zwei Drittel ihrer Strafe abgebüßt hatten, die Freiheit gab und die Schulden halber im Gefängniß Befindlichen enthaften ließ, indem er es gleichzeitig übernahm, deren Verpflichtungen aus seiner Privatcasse zu regeln. Trotz des drohenden Wetters fand Abends eine großartige Beleuchtung statt. Nicht nur die Stadt selbst, sondern auch die Vororte und selbst die an den Ufern des Bosphorus und Marmara-Meeres gelegenen Dörfer und Sommersitze erstrahlten in einem Meere von Licht, während gleichzeitig alle türkischen Kriegsschiffe, wie nicht minder die Kauffahrer, ohne Unterschied der Nationalität, Lampionschmuck angelegt hatten. Der Anblick war ganz einzig, da in Folge der amphitheatralischen Lage Konstantinopels das Auge mit einem Blicke das schöne Schauspiel zu umfassen vermochte. Pera hatte sich dieses Jahr besonders hervorgethan; den Hauptanziehungspunct bildete selbstverständlich der Sternenpalast, dessen weiße Mauern von den zahllosen Flammen sonnenhell beleuchtet waren und sich von dem schwärzlichen Hintergrunde des Parkes scharf abhoben. In kurzen Intervallen wurden hübsche Feuerwerke abgebrannt. Der Sultan hatte noch verschiedenen Puncten der Stadt kaiserliche Musikcapellen entsendet, was zur Belebung der ohnehin buchstäblich überfüllten Straßen beitrug. Trotz dieser allgemeinen Theilnahme wäre dem Fremden sicherlich der Mangel an Begeisterung aufgefallen. Die zahllose Menge bewegte sich vor, zurück, man aß, trank, doch alles geschah mit einer für das europäische Gemüth beinahe niederdrückenden Ruhe und Monotonie.

* Das bereits erwähnte, in Bern neu zu errichtende Bureau für den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums nach Maßgabe der diesbezüglichen internationalen Convention steht unter der Aufsicht des schweizerischen Bundesraths; die Organisation desselben wird durch ein Reglement, mit dessen Ausarbeitung ebenfalls der Bundesrath betraut ist, festgesetzt werden. Die officielle Sprache des Bureaus ist die französische. Das Bureau hat wesentlich folgende Aufgabe: es sammelt und veröffentlicht die Angaben aller Art, welche den Schutz der Rechte der Urheber in Bezug auf ihr literarisches und künstlerisches Eigenthum betreffen. Es stellt diejenigen Untersuchungen an, die von allgemeinem Nutzen für die Union sind, und redigirt an der Hand der Documente, welche ihm von den verschiedenen Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden, ein periodisch erscheinendes Blatt in französischer Sprache über die den Gegenstand der Union betreffenden Fragen. Die Regierungen der Unionsländer behalten sich vor, nach gemeinsamer Uebereinkunft das Bureau zu ermächtigen, eine Ausgabe in einer oder mehreren anderen Sprachen zu veröffentlichen, wenn die Erfahrung das Bedürfniß dazu zeigen sollte. Das internationale Bureau hat sich jederzeit den Mitgliedern der Union zur Verfügung zu stellen, um denselben über die Fragen, welche den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums betreffen, die besonderen Aufschlüsse, die sie nöthig haben können, zu ertheilen. Die Verwaltung des Landes, in welchem eine Conferenz abgehalten werden soll, wird unter Mitwirkung des internationalen Bureaus die Arbeiten dieser Conferenz vorbereiten. Der Director des internationalen Bureaus wohnt den Sitzungen der Conferenzen bei und nimmt an den Verhandlungen ohne beschließende Stimme Theil. Er hat über seine Geschäftsführung einen Jahresbericht zu erstatten, welcher allen Mitgliedern der Union zuzustellen ist. Die schweizerische Verwaltung stellt das Budget des Bureaus fest, überwacht die Ausgaben, leistet die nöthigen Vorschüsse und stellt die Jahresrechnung auf, welche allen anderen Verwaltungen mitzutheilen ist. Die Auslagen des Bureaus der internationalen Union werden von allen vertragschließenden Staaten gemeinsam getragen. Bis zu neuem Beschluß dürfen dieselben, wie ebenfalls bereits

SLUB
Wir führen Wissen.